

**T**emer raus, Putschisten raus!«, singt eine entschlossene Menge Werktätiger aus dem Medien- und Kulturbetrieb auf eine in Orchesterstärke dargebotene Melodie aus den Orffschen »Carmina Burana«. Wie hier in Rio de Janeiro wurden am 17. Mai dieses Jahres in zwölf Bundesstaaten Brasiliens Regierungsgebäude besetzt, um gegen eine der ersten Amtshandlungen der neuen Regierung zu protestieren: die Auflösung des Kulturministeriums und die Eingliederung des Ministeriums für Frauen, ethnische Gleichheit und Menschenrechte ins Justizministerium. Was war geschehen?

Michel Temer von der Partido do Movimento Democrático do Brasil (PMDB), gerade noch Vizepräsident unter Präsidentin Dilma Rousseff (Partido dos Trabalhadores, PT), die am 12. Mai bis zur Senatsentscheidung

war seine Politik für Teile der politischen und wirtschaftlichen Eliten ein Ärgernis.

Lugo führte die »Patriotische Allianz für den Wandel«, die kleine und linke Parteien, die unter der Vorgängerregierung marginalisiert waren, bündelte und mit Mitte-Rechts-Gruppierungen verband. Die größte davon war die Liberale Partei (Partido Liberal Radical Auténtico, PLRA), die mit Federico Franco den Vizepräsidenten stellte und zugleich die wichtigste Parteistruktur für den Wahlkampf bildete. 1887 gegründet, ist sie die andere große Partei des Landes neben der zur gleichen Zeit entstandenen Partido Colorado (oder Asociación Nacional Republicana, ANR). Die Liberalen regierten Paraguay mit kurzen Unterbrechungen von 1904 bis 1940; die Partido Colorado von 1947 bis 2008 (davon 35 Jahre lang als Diktatur des Generals Alfredo Stroessner) und seit 2013 bis heute.

## Putsch ohne Waffen

Staatsoberhäupter, die Kapital und Militär im Wege stehen, können auch ohne Wahlprozedur legal entmachtet werden – Paraguay und Brasilien führen vor, wie das geht.

**Von Magui López und Daniel Kulla**

über ihre Absetzung suspendiert worden war, besetzte als Interimspräsident sogleich das Kabinett um. Nun sind keine Frauen, keine Schwarzen und keine Indigenen mehr darin vertreten – Temer führt das Land zusammen mit einer Gruppe weißer reicher religiöser alter Männer.

Es war dies nicht das erste Mal, dass in dieser Region ein Amtsenthebungsverfahren als illegitime Strategie zur Entfernung eines demokratisch gewählten Staatsoberhauptes genutzt wurde. Der erste Fall ereignete sich 2012 in Paraguay.

Dort hatte der vormalige Bischof Fernando Armindo Lugo Méndez 2008 die Wahlen mit mehr als 40 Prozent der Stimmen gewonnen und damit die Partido Colorado besiegt, die zum ersten Mal nach 61 Jahren die Staatsgewalt abtreten musste. Lugo baute das öffentliche Gesundheitswesen aus, legte ansonsten jedoch nur ein sehr schwaches Sozialhilfeprogramm auf und nahm keine Änderungen an der Wirtschaftsstruktur des Landes vor. Vor allem griff er nicht in die Hyperkonzentration von Grundeigentum in der Hand weniger Familien ein, Ergebnis der Verfolgung und Vertreibung von Kleinbauern und ihrer Gemeinwirtschaft. Dennoch

Nachdem es 2012 in Curuguaty bei der Räumung einer Landbesetzung von Farmern, die ihr Recht auf eigenes Land durchsetzen wollten, zu einer gewaltsamen Konfrontation gekommen war, bei der auch sechs Polizisten getötet wurden, wurde von der Legislative ein Amtsenthebungsverfahren gegen Lugo eingeleitet, das ihn die Präsidentschaft kostete.

Es gab fünf Anklagepunkte gegen ihn. Neben dem »Massaker von Curuguaty« waren das der »Caso Ñacunday«, der ebenfalls das Problem des Landbesitzes betraf, die »Zunahme von öffentlicher Unsicherheit, Raub und Entführung« (einer Klausel des Regionalabkommens Ushuaia II entsprechend, dessen andere Teilnehmerstaaten dem »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« zugerechnet wurden) und schließlich eine angeblich linksradikale Jugendveranstaltung auf Militär-, also öffentlichem Gelände, die Lugo erlaubt haben sollte.

Die Amtsenthebung wurde von Teilen der Bevölkerung wie auch von anderen Staatsführungen und sozialen Bewegungen der Region als parlamentarischer Staatsstreich angesehen, da sie von Unregelmäßigkeiten bestimmt war und Elemente des Rechtswegs

übergang. Etwa das Recht auf Verteidigung. Der komplette Vorgang der Amtsenthebung dauerte weniger als 48 Stunden. Die Gerichtsverhandlung wurde am 20. Juni beschlossen und am 22. durchgeführt – danach war der Präsident gestürzt.

Das Dokument, das zur Anklage herangezogen wurde, enthielt keine Beweisführung – vielmehr wurde darin erklärt: »Alle vorgelegten Fälle sind öffentlich bekannt; daher müssen sie gemäß unserem Rechtssystem nicht bewiesen werden.« Das Rechtssystem Paraguays enthält keinen besonderen Abschnitt, der dem Staatsanwalt erlauben würde, die Beweisaufnahme zu überspringen.

Lugos Verantwortung für die ihm zur Last gelegten Vergehen blieb unklar; er wurde mehrfach beschuldigt, gleichzeitig Komplize und Täter zu sein. »Die Anklage ist nur eine Hypothese«, bemerkte einer seiner Verteidiger, Lugo seien »grundlegende Rechtsgarantien« vorenthalten worden. Amtsenthebung könne nicht einfach aus »Unzufriedenheit mit der Amtsführung« erfolgen.

Die Unschuldsvermutung galt nicht, und Lugo wurden die Rechte verwehrt, die sich aus ihr ergeben. Emilio Camacho, einer seiner Anwälte, zeigte während der Verhandlung ein Schriftstück, in dem die Senatoren Lugo bereits für schuldig befunden hatten, und erklärte: »Wir müssen den Begriff der Urteilsfindung verwerfen. ... Es gibt keine Gelegenheit, die Fälle zu prüfen, hier wird einfach ein Schuldspruch vorgenommen ..., bevor die Verteidigung überhaupt zu Wort kam.«

In der ganzen Kampagne wurde zudem nicht klargemacht, welche Handlungen und Entscheidungen Lugos strafbar waren oder zur Planung von Straftaten beitrugen. So wurde er gar für das angeklagt, was er mutmaßlich gedacht hatte.

**K**urz zuvor hatte es in Lateinamerika bereits eine andere forcierte Amtsenthebung gegeben: in Honduras, wo das Militär 2009 Präsident Manuel Zelaya nachts im Pyjama aus seiner Residenz holte und wenige Tage später, als er bereits entmachtet war, ein »Amtsenthebungsverfahren« begann. Doch Lugos Amtsenthebung machte die Angriffsflächen deutlicher:

● *der Verweis auf Rechtmäßigkeit.* Nach dem Ende der Diktaturen in der Region (Brasilien 1985, Paraguay 1989) blieb Legalität mit Demokratie und Verfassung assoziiert, Unrechtsstaat mit Diktatur. Dem Recht wird eine neutrale Rolle zugeschrieben, als wäre es nicht von Menschen gemacht und Teil von Interessenkonflikten gesellschaftlicher Gruppen. So können extrem rechte Parteien, die gegen gewählte Regierungen hetzen und die Rückkehr zur Militärdiktatur befürworten, als legal gelten, während Farmer, die ein Stück Land besetzen und Demonstrationen für ihre Rechte organisieren, illegalisiert

werden. Dieser Rolle der Legalität ließe sich nur durch weitere Möglichkeiten der Bevölkerung entgegenwirken, auf die Formulierung, Einhaltung und Änderung von Gesetzen Einfluss zu nehmen.

● *Präsidentialsystem und Repräsentation.* Es ist schwer vorstellbar, dass in den Wahlen, durch die Dilma Rousseff Präsidentin Brasiliens wurde, die Wählenden auch dafür gestimmt haben, entscheidende Ämter an Mitglieder extrem konservativer Parteien mit entgegengesetzten Auffassungen zu vergeben. Es wird unklar, wer eigentlich den Volkswillen repräsentiert: Präsident/in, Parlament oder die Justiz, deren Legitimität sich gar nicht aus Wahlen ergibt. Die delegative liberale Demokratie erlaubt den Wählenden nicht zu bestimmen, wessen Repräsentation schließlich von wem ausgeführt wird.

● *sichtbare Verbindung von politischer mit ökonomischer Macht.* Sowohl im Fall Paraguays als auch in Brasilien spielte die Wirtschaft eine entscheidende Rolle. Privatmedien fuhren schon vor dem eigentlichen Verfahren eine von der Opposition unterstützte Diskreditierungskampagne, ohne die das Ergebnis nicht zu erklären wäre.

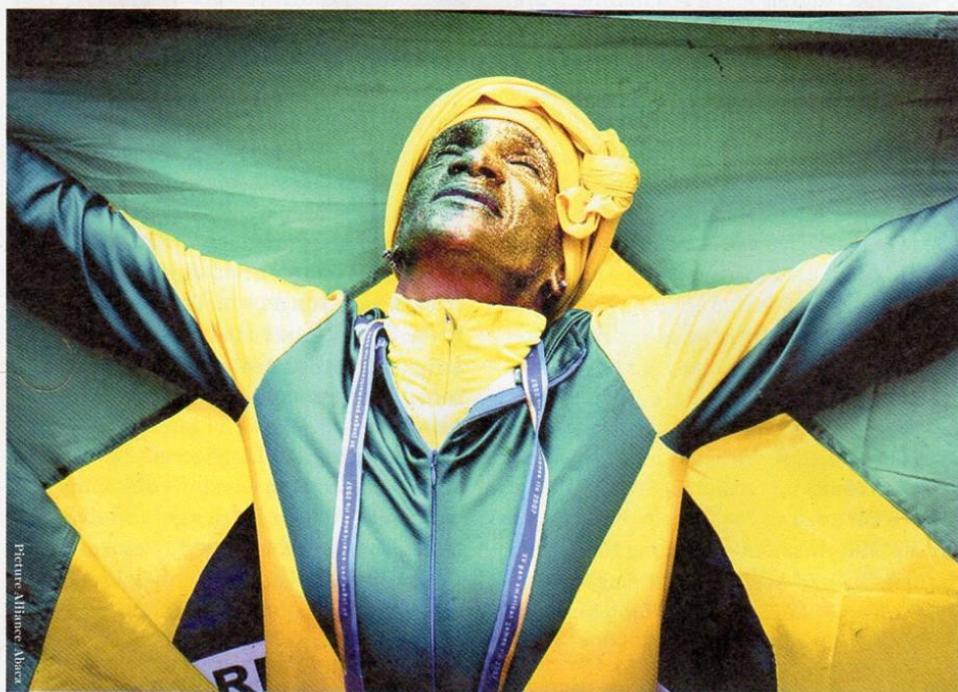
● *»sleeping with the enemy«.* Um Wahlen zu gewinnen, bewegen sich progressive Parteien in die Mitte und treffen, unter beidseitigen Zugeständnissen, brüchige Abkommen mit der Rechten. Konflikte zwischen den Parteien waren Teil der Amtsenthebung in Paraguay, als die PLRA Lugo die Unterstützung entzog und gegen ihn stimmte. Dasselbe geschah in Brasilien, als die PMDB sich vor einigen Wochen von Rousseff abwandte. Sowohl Federico Franco als auch Michel Temer, die jeweils anderen Parteien als Lugo und Rousseff angehören, unterstützten die Amtsenthebung und verrietten die Präsidentschaft, in der sie selbst mitarbeiteten.

● *die Hassdiskurse gegen Linke und »Kommunisten«.* Lugo und auch die frühere Guerillakämpferin Rousseff sind leider gar keine Kommunisten, sie gelten, im guten wie im schlechten, als »progressiv«. Sie haben keine kommunistischen Länder regiert und sie auch nicht in diese Richtung transformiert. Dennoch konnten Medien, Opposition und ökonomisch Mächtige erfolgreich Antikommunismus und generell antilinke Propaganda nutzen, um das Ansehen des jeweiligen Staatsoberhauptes zu beschädigen.

● *die Rolle von Protesten und Demonstrationen.* Beide Fälle warfen die Frage auf, was eine Bevölkerung unternehmen kann, wenn ihr Staatsoberhaupt abgesetzt wurde und Medien und Wirtschaftsmacht zu Repressionsmitteln greifen. In Paraguay wurde der Widerstand binnen weniger Tage erstickt, in Brasilien widersetzte sich die Bevölkerung weiter und nutzt Strategien, sich der Repression zu entziehen und die Öffentlichkeit zu erreichen – wie die eingangs geschilderten »Konzertbesetzungen«.

Dilma Rousseff wird nicht, wie behauptet, der Korruption beschuldigt. Mit dem Korruptionsfall »Lava Jato« um den Erdölkonzern Petrobras, in den sieben Minister des neuen Kabinetts und auch Temer selbst verwickelt sind, weshalb Temer legal nicht mehr wählbar wäre, ist Rousseff nie in Verbindung gebracht worden. Ihr Amtsenthebungsverfahren basiert auf dem Vorwurf einer Verletzung fiskalischer Vorschriften zwecks Verschleierung eines Haushaltsdefizits. Im Oktober 2015 trugen drei Richter den Antrag auf Amtsenthebung vor, in dem sie behaupteten, dass Rousseffs Regierung Geld aus öffentlichen Banken benutzte, um die Ausgaben staatlicher Programme zu decken. Obwohl bereits viele Vorgängerregie-

bung, Cunha selbst wurde nur Tage später wegen eigener Korruptionsverbindungen vom Vorsitz suspendiert. Ihn löste Waldir Maranhão (Partido Progressista) ab, der gegen den Staatsstreich gestimmt hatte und nun entschied, die Abstimmung zu annullieren und eine neue einzuleiten, die auf Erklärungen und Anklagen beruhen sollte, die tatsächlich mit dem Tatvorwurf zu tun hatten. Noch am selben Tag zog er die Annullierung jedoch zurück und ließ das Verfahren weiterlaufen. Der Senat entschied mit 46 zu 23 Stimmen bei zwölf Enthaltungen für die Amtsenthebung. Rousseff wird nun für 180 Tage aus ihrem Amt entfernt, in denen die Anklagefraktion Belastungsmaterial und Beweismittel gegen die Präsidentin vorbringen muss.



Hasstiraden gegen Linke: Demonstrant bei Anti-Rousseff-Protest in Sao Paulo, Mai 2016

rungen so verfahren waren, wurde nach Rousseffs Wiederwahl ihr Haushalt für das Jahr 2014 abgelehnt. Da eine Präsidentin nicht für etwas belangt werden kann, das in einer früheren Amtszeit begangen wurde, behaupteten Kongressabgeordnete nun, dass »dieses Verbrechen auch 2015 weiterhin stattfand«.

In den Begründungsreden während der Abstimmung über das eigentliche Amtsenthebungsverfahren erwähnten die Abgeordneten die Anklage überhaupt nicht. Statt dessen ging es voller Misogynie und Antikommunismus um die Präsidentin als Person und ihre angeblichen Absichten (sie würde etwa die Familie zerstören wollen), gipfelnd in einem Gruß an den Militärangehörigen, der Rousseff während ihrer Inhaftierung unter der Diktatur gefoltert hatte.

Nach einer verlängerten Sitzung stimmte der Kongress – angeführt vom extrem Rousseff-feindlichen PMDB-Mitglied Eduardo Cunha – mehrheitlich für die Amtsenthe-

»Im Namen Gottes«, »zur Bewahrung der Ehre der Streitkräfte«, »zur Verteidigung der traditionellen Familie« wurden die Amtsenthebungen sowohl in Paraguay als auch in Brasilien eingeleitet, zur »Verteidigung der Demokratie« gegen öffentliche Unsicherheit und Korruption, gegen Sozialismus und andere linke Bedrohungen. Während die Amtsenthebung in beiden Verfassungen vorgesehen ist und zur Verurteilung hochrangiger Politiker benutzt werden kann, untergräbt ihre konkrete Anwendung die Stabilität gewählter Regierungen und auch die Legitimität dieses Rechtsmittels. Sie wird zum Einfallstor für die noch aggressivere Durchsetzung ökonomischer Interessen. ●

Magui López ist Doktorin der Sozialwissenschaften an der Universität Buenos Aires, ihr Forschungsschwerpunkt ist Paraguay. Daniel Kulla schrieb in **konkret** 5/16 über unterschiedliche Bewertungen des Gebrauchs von Rauschmitteln